

Annoncen:
Annahme-Bureau:
 In Posen
 außer in der Expedition
 bei Knapke (C. F. Alrici & Co.)
 Breitestraße 11;
 in Gnesen
 bei Herrn Th. Spindler,
 Markt u. Friedrichstr. Ecke 4,
 in Grah bei Herrn F. Streiland;
 in Frankfurt a. M.:
 G. F. Daube & Co.

Posener Zeitung.

Vierundsechzigster

Jahrgang.

Annoncen:
Annahme-Bureau:
 In Posen, Gnesen,
 T. u. M. St. Gallen:
 Knapke & Hoffe;
 in Gnesen, Breslau,
 Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg,
 Wien u. Vojel:
 Haasenstein & Vogler;
 in Berlin:
 A. Reimer, Schloßplatz;
 in Breslau: Emil Rabath.

Nr. 496.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der
 Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt viertel-
 jährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz
 Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr. — Bestellungen
 nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an.

Montag, 23. Oktober

Inserate 14 Sgr. die sechsgepaltene Zeile oder
 deren Raum, Ankündigungen verhältnißmäßig höher,
 sind an die Expedition zu richten und werden für
 die an demselben Tage erscheinende Nummer nur
 bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

1871.

**Die Posener Zeitung eröffnet für die
 Monate Novbr. und Dezbr. ein besonde-
 res Abonnement. Der Abonnementspreis
 beträgt für Posen in der Expedition und
 bei den Kommanditen 1 Thlr. 5 Sgr.,
 für Auswärts inkl. Postporto 1 Thlr. 15
 Sgr. — Bestellungen von Auswärts auf
 zweimonatliche Abonnements sind direkt an
 die Expedition zu richten.**

Expedition der Posener Zeitung.

Sozialistische Irrthümer.

Wir greifen heut nur zwei der großen Irrthümer heraus, welche
 in der letzten Zeit am häufigsten kundgegeben worden sind und im
 Wirtschaftsleben unennbaren Schaden anrichten.

Die Tyrannei des Kapitals muß vernichtet werden, rufen die
 Sozialdemokraten, und unter den Mitteln, um diesen Zweck zu erreichen,
 nennen sie auch die Strikes. Diese Leute verwechseln den Kapitalisten
 mit dem Unternehmer oder Arbeiter. Sie gleichen den naiven
 Burken, welche unter einem Baume goldene Eier gefunden haben und
 sie für Früchte des Baumes halten, dann mit Steinen in die Krone
 werfen, um noch mehr zu gewinnen. Vielleicht fällt auch noch ein oder
 das andere Ei, welches im Laube hingehalten blieb, herab aber dann nichts
 mehr. Sie zerstören die ganze Krone, die dem Baume Luft und
 Nahrung zuführte, doch nicht ein Körnchen erringen sie mehr. Warum?
 ein Vogel, der im Laubdach sich eingenistet hatte, ließ jene goldenen
 Eier fallen und flog davon, als er von den Steinwürfen bedroht
 wurde. Dieser leicht beschwingte Vogel ist das Kapital, welches unsichere
 Orte meidet und dahin flieht, wo es in Sicherheit gedeihen und brüten
 kann, heut nach Rußland, morgen nach Amerika, übermorgen nach
 Rumänien. Der ruinierte Baum, welcher im Boden wurzelt, ist der
 arbeitssame Unternehmer.

In diesem Gleichniß liegt die Erklärung für den Untergang so
 vieler strebsamer Geschäfte, welche vorhin in leichtem Zeit fallen saß, und
 die Erklärung für die verhältnißmäßig geringe Unternehmungslust im
 soliden Geschäftsverkehr. Die Arbeitseinstellungen können wohl die
 Unternehmer zu Grunde richten und auch — die Arbeiter, welche mit
 jenen zugleich fallen, aber selten die Kapitalisten, ein Theil derselben
 ergibt sich in solchen Zeiten nur desto eifriger den Spekulationen und
 dem Gründungsschwindel. Der letztere hat nie so üppig gewuchert als
 jetzt in der Zeit der unaufhörlichen Strikes.

Und was gewinnen die Arbeiter dadurch, daß sie den soliden Un-
 ternehmungen die Lebensluft nehmen? Wir antworten: Preis-
 steigerungen. Man klagt über Wohnungsnoth in Berlin. Woher
 kommt dieselbe? Einfach daher, daß es nicht genug Wohnungen giebt.
 Die einen wurden nicht fertig gestellt, weil die Maurer, Zimmerleute,
 Tischler u. s. w. strikten, andere Bauten wurden nicht unternommen, weil
 die eingeschüchterten Unternehmer fortwährend das Damoclesschwert
 der Strikes über ihren Häuptern schweben sahen. Wenn die Arbeiter
 durch die Strikes nach Abzug der Strikeseinkünfte wirklich etwas ge-
 wonnen haben, so müssen sie es jetzt doppelt ausgeben, denn nicht allein
 die Wohnungen sind im Preise gestiegen, sondern auch die anderen Be-
 dürfnisse, da der Produzent, welcher jetzt mehr für seine Wohnung und
 Geschäftskosten zahlen muß, dementsprechend auch seine Waare verteuert.

Der andere Irrthum, von welchem wir reden wollen, besteht in
 der sonderbaren Meinung, daß alle Geschäftsunternehmer
 denselben Prozentsatz Gewinn erzielen, denn nur daraus läßt
 sich die Erscheinung erklären, daß die Arbeiter von jedem Unternehmer des-
 selben Industriefeldes dieselbe Lohnerhöhung fordern und daß sie glauben,
 wenn der eine Arbeitgeber die Forderungen seiner Gehilfen befriedigt
 hat, der andere dies ebenfalls thun könne oder thun müsse, wenn sie
 nur die nöthige Unnachgiebigkeit seinen Vorstellungen entgegensetzen.
 Doch in dem Staate, wie er heut ist, existirt diese wirtschaftliche
 Gleichheit noch nicht, vielleicht bringt sie uns der Staat der Zukunft,
 von dem die Sozialisten träumen, indem er durch einen Ukas bestimmt:
 alle Unternehmer sind verpflichtet, dieselbe Rente zu erzielen, der
 Schlossermeister soviel wie ein Krupp und der Eigenthümer einer unter
 ungünstigen Verhältnissen arbeitenden Druckerei nicht weniger
 als die Besitzer der Vossischen oder der Schlesischen Zeitung.
 — widrigenfalls diejenigen Unternehmer, welche einen geringe-
 ren Gewinn haben, verurtheilt werden, sich das Fehlende aus der
 Staatskasse auszahlen zu lassen. Herrliche Aussicht! Einstweilen aber, ehe
 dieses Ideal von Staat zur Wirklichkeit wird, müssen wir die Dinge
 nehmen, wie sie sind. Heut gewinnt der eine Arbeitgeber drei Prozent,
 während ein anderer 10 bis 20 pCt. erzielt, ja selbst ein und dasselbe
 Geschäft hat nicht in jedem Jahre den gleichen Gewinn. Im Allge-
 meinen hängt die Höhe des Gewinnes von den disponiblen Mitteln,
 von der Beliebigkeit der Waare, von der Konkurrenz und der Kund-
 schaft, von den zeitlichen und örtlichen Verhältnissen ab. Während des
 letzten Krieges haben manche Unternehmer, weil sie das Geschäft in
 bessere Zeiten hinüber retten wollten, ohne Gewinn gearbeitet, ihr
 eigenes Kapital, ihre eigene Arbeit und Sorge blieb ohne Rente. Sie
 verdienten vielleicht nur so viel, um die Zinsen für das Kapital ihrer
 Gläubiger und den Lohn ihrer Arbeiter zu bestreiten. Denn die Kapital-
 listen und die Gehilfen haben dabei nichts verloren. Und nun, da
 die Zeiten ruhiger geworden sind und jene Arbeitgeber hoffen, das
 Entgangene wieder einzubringen, kommen dieselben Arbeiter, welche

fortwährend denselben Lohn erhalten haben und stellen Mehrfor-
 erungen. Da möge Einer noch Unternehmer sein!

Die lokalen Verhältnisse, denen ein Geschäft unterliegt, finden
 oft eben so wenig Berücksichtigung. Haben die Maschinenbauer in
 England eine Lohnerhöhung erzielt, so wandern unsere Maschinen-
 bauer nicht etwa dahin aus, was man ihnen nicht verdienen würde,
 sondern sie verlangen in Berlin oder Buxtehude denselben Preis oder
 — strikten. Daraus liegt nicht allein eine Ungerechtigkeit gegen die Ar-
 beitgeber, sondern gegen ihre eigenen Kollegen. In Berlin lebt ja der
 Arbeiter unter ganz anderen wirtschaftlichen Verhältnissen als in
 Buxtehude. Jener muß eine höhere Miete, vielleicht eine höhere
 Steuer zahlen, muß mehr für seine Bedürfnisse ausgeben, muß, um den
 Forderungen seiner Standesgenossen zu genügen, größeren Aufwand
 treiben und findet mehr Gelegenheit, sein Geld auszugeben, ohne daß
 er diesen Gelegenheiten immer ausweichen kann. Einen Theil seines
 Verdienstes verwendet er schon für Omnibusfahrten, die er bei den
 großen Entfernungen nöthig hat, nicht nur im Geschäft, sondern auch
 wenn er sich und seiner Familie die nöthige Erholung in freier Luft
 gewähren will. Der berliner Arbeiter war also vielleicht ganz be-
 rechtigt, einen höheren Lohn zu verlangen, aber wie kommt der
 Buxtehuder, welcher nicht dieselben Ausgaben hat, dazu, denselben
 Lohn zu verlangen?

Der Sozialistenstaat wird vielleicht auch diese Ungleichheit zu heben
 verstehen, indem er ein Gesetz dekretirt: Die Arbeiter sind verpflichtet,
 überall dieselben Ausgaben auf ihren Lebensunterhalt zu verwenden,
 widrigenfalls sie gehalten werden, ihre Ueberschüsse an die Staatskasse
 abzuliefern.

Wahrlich, ein gut Theil Ungerechtigkeit liegt in dem, was die Sozial-
 demokraten Gerechtigkeit nennen, ein Stück Tyrannei nicht nur gegen die
 Arbeitgeber sondern auch gegen diejenigen, deren Interessen sie wahr-
 zunehmen behaupten. Lassen sich die Arbeiter von diesen Aufwieglern
 verleiten, ihre Macht, welche ihnen das Recht zur Arbeitseinstellung
 gab, zu mißbrauchen, so werden sie wie alle Anderen, welche Mißbrauch
 mit der Macht treiben, selbst den Schaden davon haben. Nicht nur
 daß sie die Unternehmungslust lähmen und die Preise in die Höhe tre-
 iben, sie verlegen dem strebsamen Arbeiter auch alle Möglichkeit, aus
 dem Stande der Arbeiter in den Stand der Unternehmer überzugehen.
 Wie viele kleine und große Geschäfte sind nicht in den Händen ehemali-
 ger Arbeiter, die sich durch Fleiß, Sparsamkeit, Intelligenz und Thätig-
 keit über den Zaun geschwungen haben, welcher Arbeiter und Unter-
 nehmer trennt. Heut wollen die Sozialisten eine hohe Mauer zwischen
 beiden aufrichten, denn indem sie für die Arbeiter aller Geschäfte den-
 selben Lohn fordern, legen sie dem jungen Unternehmer die unerfüll-
 bare Bedingung auf, ebenso viel Gewinn zu erzielen als die besten Ge-
 schäfte dieser Art, welche den erhöhten Forderungen der Strikemacher
 leicht nachgeben konnten. Ist es da nicht besser, Arbeiter zu bleiben
 und seinen Lohn durch Striken zu erhöhen, anstatt sich die Sorgen
 und das Risiko des Unternehmers aufzuladen?

So wird verhindert, daß sich die Unternehmer vermehren, und
 aus denselben Ursachen vermindert sich auch die Zahl der Konkurrenz-
 ten. Täglich hört man, besonders aus Berlin, daß der oder jener Groß-
 industrieller sein Geschäft aufgegeben und einer Aktiengesellschaft über-
 lassen hat. Aber nun will die Kreuzzeitung, welche ihre Heilkräuter
 für das soziale Uebel in dem Gnaden-Gärtlein der inneren Mission
 pflanzt, den geplagten Unternehmern auch diesen Rettungsweg verschrän-
 ken, indem sie vor dem Reichstage fordert, die Aktiengesellschaften durch
 ein Gesetz zu verbieten. Mag sich der Unternehmer ruiniren! Die Zahl
 der Unternehmer wird dadurch freilich geringer werden, indessen ge-
 lingt es der „Kreuz“ vielleicht, auf künstlichem Wege Unternehmer zu
 erzielen, wenn nicht, nun dann wird wohl der Staat als Geschäfts-
 institut auftreten müssen. Da kämen wir denn zu einer Wiederholung
 der „nationalen Arbeiterverhältnisse“ von Louis Blanc, welche schon
 1848, nachdem sie Verwirrung und Unheil angerichtet hatten, ein so
 schmachvolles Fiasko machten.

Daß man die Menschen über die Gefährlichkeit des Feuers doch
 nicht belehrt, ehe sie sich verbrennen! In England giebt es tausende
 von Schulen, wo das heranwachsende Geschlecht mit den Grundbegrif-
 fen und Gesetzen des wirtschaftlichen Lebens vertraut gemacht wird;
 Strikes werden freilich auch dort unternommen, aber nicht aus Nachah-
 mung, sondern auf Grund nationalökonomischer Erwägungen und Be-
 rechnungen, weshalb die Arbeitseinstellungen dort auch so häufig von
 Erfolg begleitet sind. Aber wer belehrt unsere Arbeiter und Industriel-
 len über die Volkswirtschaft? In Deutschland findet man nicht einmal
 immer auf den Universitäten Gelegenheit und Anregung, etwas Gründ-
 liches auf diesem Gebiete zu lernen. Es ist dort, wie Prof. Bergius*)
 erzählt, wirklich zum Sprichwort geworden, von einem Menschen, der
 nichts lernt und nichts lernen will, zu sagen: er studire Kameralwissen-
 schaften.

Zur deutschen Münzreform.

Der bleibende Ausschuß des deutschen Handelstages hat unter
 dem 17. d. M. eine Eingabe an den Bundesrath gerichtet, die zur Klä-
 rung der Ansichten voraussichtlich viel beitragen wird. Nachdem die-
 selbe einleitend nachgewiesen, daß den Fragen: ob Mark oder Gulden?
 ob Stücke von 15 und 30 Mark auszugeben, nur untergeordnete Wich-
 tigkeit zukomme, wendet sie sich in folgender Weise zu den Kardinal-
 punkten:

1) Der Gesekentwurf giebt den neuen Reichsgoldmünzen nur einen
 festen Kassencours und geht von der Voraussetzung aus, daß dies ge-

nügen werde, die freiwillige Einbürgerung derselben im Privatverkehr
 herbeizuführen.

Nach unserer Ansicht genügt dies durchaus nicht, sondern schon
 das jegige vorbereitende Gesetz zum künftigen definitiven Reichsmünz-
 gesetz muß den neuen Reichsgoldmünzen den Charakter eines allgemei-
 nen gesetzlichen Zahlungsmittels, also auch für den Privatverkehr, bei-
 legen. Hierdurch würde sich unsere ganze Münzreform außerordentlich
 vereinfachen und in ihren wesentlichsten Beziehungen schon jetzt zur de-
 finitiven Erledigung gelangen, was so höchst erwünscht und wichtig
 erscheint, da in Geldsachen jede Ungewißheit so weit wie irgend möglich
 vermieden werden sollte. Hat man den Zweck, die Goldmünze im Ver-
 kehr in Deutschland einzubürgern und zu erhalten, welches begründete
 Bedenken sollte davon abhalten, dies gleich direkt und vollständig zu
 thun? Sind Bedenken der Art vorhanden, so thäte man besser, auch
 den Versuch, solches auf indirektem Wege zu erzielen, zu unterlassen.
 Wie die Erfahrung beweist, und es auch in der Natur der Sache liegt,
 sind im Münzwesen Experimente höchst bedenklich. Deutschland mit
 seiner Gottlob! soliden Edelmetallbasis seines Münzwesens, trotz seiner
 bisherigen Münzdisparitäten, sollte am Wenigsten zu solchen Experi-
 menten ein Feld bieten. Denn was ist es anders, wenn der Hinter-
 gedanke des jetzigen Gesekentwurfs vorhanden ist, wie Seite 13 der
 Motive bezeugt, es solle eine freiwillige Einbürgerung der Goldmün-
 zen durch bloße Tarifierung bei den öffentlichen Kassen versucht wer-
 den, damit, wenn in der Wahl des Werthverhältnisses
 zwischen Gold und Silber erheblich fehlerhaftes sein
 sollte, vorder Treffung jener tief in alle Verkehrsverhält-
 nisse eingreifenden Maßnahme noch eine Korrektur
 vorgenommen werden könne.

Wie kann jetzt in der Wahl des Werthverhältnisses erheblich fehler-
 gegriffen werden? Es liegen doch alle Data der Edelmetallpreise auf
 dem Weltmarkte für eine lange Reihe von Jahren vor, um nach sach-
 gemäßer und unparteiischer Prüfung eine als billig und richtig anzu-
 erkennende Norm zu bestimmen. Hat man denn das Verhältniß von
 1:15,5 so aufs Gerathewohl genommen? Welcher Grund liegt vor,
 anzunehmen, daß man nach einem halben Jahre, oder nach ein oder
 zwei u. s. w. Jahren, wenn das definitive Reichsmünzgesetz erlassen
 werden wird, keinen größeren Fehlergriff machen wird? Die Motive
 bemerken außerdem, daß die Voraussetzung begründet erscheint, daß bei
 der definitiven, für den gesamten Verkehr verbindlichen Feststellung
 des Zahlungswertes der neuen Goldmünze die Basis der vorläufigen
 Tarifierung (1:15,50) nicht verlassen zu werden braucht. Unmittelbar
 vorher, auf derselben Seite, sagen aber die Motive, daß der Werth
 des Goldes einem Steigen entgegengehe, welche Ansicht doch mit der
 folgenden Voraussetzung in offenem Widerspruch steht. Sobald das
 jegige vorläufige Münzgesetz positiv vordringt, daß die neuen Reichs-
 goldmünzen zu dem ihnen beigelegten Nennwerthe nicht nur bei den
 öffentlichen Kassen in Zahlung genommen sind, sondern daß sie mit
 gleicher Geltung wie das jetzige Silberroutant in allen Zahlungen,
 also auch im Privatverkehr, gesetzliches Zahlungsmittel sein sollen, so
 hat man nicht nöthig, sich später „Korrekturen“ des Münzfußes vorzu-
 behalten, jede besondere Konvertirung älterer Zahlungsverbindlichkeiten
 wird vermieden oder vielmehr kommt ganz und gar nicht in Frage,
 denn ein goldenes Zwangsmarkstück hat dann für alle Zahlungen
 ganz dieselbe Geltung wie 6½ Thlr. Courant. Wenn der Entwurf,
 so wie er jetzt vorliegt, Gesetzeskraft erhält, so möchte die vorbehal-
 tene eventuelle Korrektur erst recht in Wirklichkeit ein Fehlergriff wer-
 den, um anscheinend eine richtigere Ausgleichung der älteren und neue-
 ren Valuta festzustellen, denn dann hervortretende etwaige Veränderun-
 gen in dem gegenseitigen Werthverhältniß der Edelmetalle wären zum
 Theil durch die jetzigen vorläufigen Maßregeln verursacht wor-
 den.

Wir sind daher der entschiedensten Ansicht, daß schon jetzt die
 neuen Reichsgoldmünzen nach ihrem Nennwerthe als ge-
 setzliches Zahlungsmittel für alle Zwecke im Gesetze po-
 sitiv und definitiv anerkannt werden müssen, so daß die-
 ser Kardinalpunkt für das spätere Reichsmünzgesetz bereits feststehe,
 und daß Jeder schon nach Belieben des vorbereitenden Münzgesetzes
 bestimmt wisse, wie er künftig mit der Erfüllung aller seiner Zahlungs-
 verbindlichkeiten daran ist.

Im vorliegenden Entwurfe (§ 6) wird die Berechnung der Reichs-
 goldmünzen, wie solche zu festen Werthen bei den öffentlichen Kassen
 in Zahlung genommen werden sollen, nur für den 30-Thaler-Fuß und
 die holländische Währung aufgestellt. Es erscheint indes erforderlich,
 falls nach unserem Antrage, den Goldmünzen die Eigenschaft eines
 allgemeinen gesetzlichen Zahlungsmittels sofort beigelegt wird, eine solche
 Werthfeststellung auch in Betreff der übrigen zur Zeit in Deutschland
 bestehenden Münzsysteme im Gesetze ausdrücklich auszusprechen.

2) In unmittelbarem Zusammenhange mit dem eben erwähnten
 Verlangen, glauben wir im Interesse einer zeitgemäßen und klaren
 Münzreform die Anforderung an den vorliegenden Gesekentwurf stellen
 zu müssen, daß derselbe die Siftirung der Silberroutant-Ausmünzung
 in sämtlichen Bundesstaaten definitiv vorschreibe, daß es nicht, wie
 die Motive (§ 10) auffallender Weise ausgesprochen, den Regierungen
 „offen gelassen werde, zu der gesetzlich nicht verbotenen Silberausmün-
 zung zurückzugreifen.“ In diesem Vorbehalte würde eine Doppel- oder
 Alternativ-Währung der schlimmsten und willkürlichsten Art geschaffen
 werden — ein Münzsystem, wie es bisher in keinem zivilisirten Staate
 bestanden hat. Wo jetzt eine Doppel- oder Alternativ-Währung be-
 steht, da giebt es wenigstens in der Beziehung ein klares und festes
 Verhältniß, daß jedem Privaten frei steht, in den öffentlichen Münz-
 anstalten gegen mäßige feste Gebühren sowohl Gold wie Silber zu ge-
 setzlicher Kurantmünze ausprägen zu lassen, und in Folge hiervon richtet
 sich dann die Wahl der Ausmünzung nach den im freien Verkehr zur
 Zeit stattfindenden Preisen von Gold und Silber. Man kann es un-
 möglich in Deutschland dem Ermessen der Regierungen überlassen, nach
 ihrem Gutdünken, heute die Silberausmünzung ganz zu sistiren, und
 morgen, oder übers Jahr, sie in allergrößter Ausdehnung, wenn die
 Silberpreise etwas stark gesunken sind, plötzlich wieder in Ausübung
 zu bringen, die Goldmünze ins Ausland zu treiben und den Werth
 des Geldes künstlich zu alteriren.

Wird in dem jetzigen vorbereitenden Münzgesetz bestimmt, daß nicht
 nur die bisherige Verpflichtung der Bundesstaaten zur jährlichen Aus-
 prägung gewisser Beträge von Silberkurant aufgehoben werde (§ 8
 letztes Alinea), sondern auch daß eine fernere Ausmünzung von Sil-
 berkurant nicht stattfinden solle, während das noch umlaufende Silber-
 kurant, weil hierüber im Gesetze nichts erwähnt wird, selbstverständ-
 lich neben den neu emittirten Reichsgoldmünzen unverändert gesetzliches
 Zahlungsmittel bleibt, so kommt zeitweilig annehmend eine Doppel-
 währung in Anwendung. Es wird den Zahlungsleistenden freigestellt,
 ob sie ihre Verbindlichkeiten jeder Art in gesetzlicher neuer Goldmünze
 oder in bisherigem Silberkurant, in beiden nach dem Nennwerthe der
 Münze erfüllen wollen. Durch die definitive Siftirung der Silber-
 kurant-Ausmünzung und, worauf wir gleich kommen werden, durch

*) Vgl. die Einleitung zu seinem trefflichen Werke „Grundsätze
 der Finanzwissenschaft“. Dasselbe ist jetzt in vermehrter und ver-
 besserter Auflage bei J. Guttentag (D. Collin in Berlin) erschienen.

zufehendes Einziehen des Silberkurants wird diesem letzteren aber praktisch die Eigenschaft eines festen Äquivalents der Goldmünze beigelegt, wodurch das noch vorhandene Silberkurant von den Schwankungen der Edelmetallpreise unabhängig wird.

Von selbst versteht sich wohl, daß die noch umlaufenden sonstigen deutschen Goldmünzen nach Erlaß des Gesetzes über die Reichsgoldmünze resp. einzuziehen oder als bloße Handelsmünze zu erklären sind, und in keinem Bundesstaate selbständige Goldmünzprägungen ferner stattfinden haben. Die Bestimmungen über die künftige Ausprägung von Scheidemünze oder die vereinfachte Erklärung eines schließlich noch vorhandenen Bestandes an bisherigem Silberkurant zur Scheidemünze, werden gänzlich dem definitiven Reichsmünzgesetze zu überlassen sein.

3) In den Motiven zum Gesetzentwurf wird bemerkt (S. 13), Gold gehe eher einem Steigen als einem Sinken entgegen, und an einer anderen Stelle (S. 10), die Herstellung eines Umlaufs von Goldmünzen werde jedenfalls zur Folge haben, daß ein Theil des bisherigen Silberkurants außer Thätigkeit gesetzt und die Abstoßung des überflüssig gewordenen Silbers nach dem Auslande von erheblichen Verlusten nicht frei sein werde. Hieraus wird man schließen dürfen, es sei die Absicht der Regierung, an die Emission der neuen Reichsgoldmünzen die allmähliche Einziehung von Silberkurant zu knüpfen. Denn Privatpersonen kann es natürlich nicht in den Sinn kommen, aus freien Stücken Silbermünzen, für die im Inlande genaugen Verwendung ist, mit Verlust einzuzumeltzen und zu exportieren. Wird nach Erlaß des Gesetzes wegen der Ausprägung von Reichsgoldmünzen eine namhafte Beschränkung des Umlaufs von 1-, 5- und 10-Thaler-Scheinen und ähnlichen Goldscheinen dauernd erwirkt, so läßt sich erwarten, daß ein entsprechender Betrag der neuen Goldmünzen in Zirkulation bleibt. Wenn aber diese Erwartung von einer demnächstigen Einschränkung des fraglichen Papiergeld-Umlaufs sich nicht oder nur unvollständig erfüllt, oder falls die Goldmünzprägung die Ausfüllung solcher Lücke weit übersteigt, wie soll dann dem Abfließen der Goldmünzen im Großen und auf die Dauer anders vorgebeugt werden, als durch Einziehung und Einschmelzung entsprechender Beträge von Silberkurant? Wir können in dieser Hinsicht nur dem uns anschließen, was hierüber in einem vorliegenden Gutachten bemerkt wird. Wird die Zirkulation eines Landes zusammen an Papiergeld und Banknoten, Silberkurant und neuer Goldmünze zeitweilig überfüllt, so findet naturgemäß, auch ohne daß in den Edelmetallpreisen eine erhebliche Veränderung eintreten braucht, vorzugsweise das Gold Verwendung nach dem Auslande. Sollte nun aber gar durch ein Steigen des Goldpreises der effektive Werth der Reichsgoldmünze sich höher stellen als ihr Nennwerth, falls z. B. das Dreißigmarkstück an Goldgehalt 10 Thlr. 5 Sgr. werth wird, so würden denn die von der Reichsstaatskasse emittirten und von jedem Empfänger zum Nennwerthe von 10 Thlrn. gern genommenen Reichsgoldmünzen nicht in die Staatskassen zurückfließen, sondern massenhaft exportirt werden. Die Münzstätten würden dann, wie alte Münzeditte sich naiv ausdrücken, „bloß für die Langeweile münzen“ und die Münzstätten rein verschwinden sein. — Nur durch eine mit der Emission neuer Reichsgoldmünzen einigermaßen Hand in Hand gehende Einziehung von Silberkurant eröffnet sich die Aussicht, daß wir in Deutschland eine zeitgemäße Goldzirkulation auch behalten werden; die noch so große Ausprägung umlaufsfähiger Goldmünzen allein thut es nicht.

Wir glauben deshalb dringend anrathen zu müssen, die so lange gewünschte deutsche Münzreform nicht durch das nach unserem Dafürhalten ziemlich hoffnungslose Experiment einzuleiten, ob die neuen Goldmünzen so ohne Weiteres im inländischen Umlauf erhalten werden, sondern durch entsprechendes Einziehen von Silbermünzen der neuen Zirkulation Raum zu schaffen.

Der Verlust beim Einziehen und dem darauf folgenden Realsiren des Silbers im Auslande möchte von der Reichsstaatskasse wahrscheinlich später nicht so leicht zu tragen sein wie gegenwärtig, und die jetzt noch fortbauenden Ausmünzungen von silbernen Münzfrankstücken in Brüssel und Paris sichern vorläufig noch einen nicht nachtheiligen Abzug des Silbers.

Hiernach erscheint es angemessen, in den vorliegenden Gesetzentwurf eine Bestimmung aufzunehmen, wodurch der Reichsstaatskassier ermächtigt wird, auf Kosten des Reichs im entsprechenden Verhältnis zur Ausprägung der Reichsgoldmünzen, älteres deutsches Silberkurant einzuziehen, einschmelzen zu lassen und die Barren bestmöglichst zu verkaufen.

Nachdem ein bedeutender Betrag von neuen Goldmünzen geprägt sein wird, könnte der dauerhaften Zirkulation derselben auch dadurch eventuell Raum geschafft werden, wenn den österreichischen Silbermünzen nach dem 45 Gulden-Fuß, die jetzt größtentheils in Deutschland umlaufen, die gleiche Berechtigung mit dem deutschen Silberkurant entzogen würde. Bedenkt man, daß Oesterreich in dem Zeitraum vom 24. Januar 1857 bis 31. Dezember 1867 einen Werth von über 133 Millionen Thaler in Silberkurant nach dem 45 Gulden-Fuß hat ausmünzen lassen, so kommt dies Moment wesentlich mit in Betracht. Der Münzstaatsvertrag zwischen den Zollvereins-Staaten und Oesterreich vom 13. Juni 1867 hat für eine solche Maßregel nach dem 1. April d. J. freie Hand gelassen.

Die beiden letzten Punkte betreffen die Zulassung der Ausmünzung

für Privatrechnung und die sofortige fakultative Zulassung der Markrechnung.

Deutschland.

Berlin, 21. Oktober.

— In der Angelegenheit der von der hiesigen Universität relegirten Studenten theilt die „Deutsche Allg. Ztg.“ die befremdliche Thatsache mit, daß der Rektor der Universität Leipzig, wohin die erwähnten Studenten sich gewandt, sich an das Universitätsgericht in Berlin gewendet und Einsicht in die Akten wegen der betreffenden Relegation erbeten hatte, daß jedoch diesem Ersuchen nicht stattgegeben worden sei. (?)

— In der von dem Braundirektor Geh. Reg.-Rath Scabell erhobenen Verleumdungsklage ist die Anklage ohne vorhergegangene Voruntersuchung oder verantwortliche Vernehmung der Angeklagten erhoben worden. Der Termin zur öffentlichen Verhandlung ist auf den 26. d. M. anberaumt. Die Anklage lautet auf Beleidigung und ist gerichtet gegen die Redaktionen der Gerichts-Zeitung, Staatsbürger-Zeitung, Börsen-Zeitung und gegen den Dr. Veneke, als Korrespondent der Wiener „Presse“.

— Die Handelskammern zu Minden und Rottbus haben an das Justiz-Ministerium das seltsame Gesuch gestellt, die Gerichte zur Veröffentlichung stattgehabter Manifestationen zu veranlassen. Das Gesuch wird damit motivirt, daß dies manche Schuldenmacher verhindern würde, sich noch ferner auf das Schuldenmachen zu legen. Es würden häufig Angaben und Mittheilungen über verborgenen Besitz solcher Schuldner zur Kenntniß der Gläubiger gelangen. Auch mancher Meineid würde verhindert werden, welcher bei den massenhaften Manifestationen mehrfach vorkommen möge.

— Das von Freunden und Genüßungsgenossen des Abgeordneten Dr. Oppermann beschlossene Denkmal ist nunmehr, wie die „Ztg. f. Nordd.“ mittheilt, in gelungener künstlerischer Form auf dem Friedhofe zu Nienburg errichtet. Namentlich ist das Porträtmedaillon außerordentlich ähnlich und sehr sauber ausgeführt.

— Im Laufe des nächsten Jahres endet die Amtsperiode des Bürgermeisters von Berlin, Geh. Rath Hedemann. Die Stadtverordneten haben sich über eine Neuwahl bis zum Ablauf dieses Jahres schlüssig zu machen. Die Wahl schwankt zwischen dem Stadtsyndikus Dunder und dem Stadtrath Gilow. Ersterer war übrigens schon der Konkurrent des jetzigen Bürgermeisters, als dessen Posten durch den Tod seines Vorgängers Mannig erledigt war.

Bonn, 18. Oktbr. Die Uebertragung des Rektorats der Universität vom Geh. Medizinalrath Professor Gustav Veit auf den Professor der Geschichte Dr. Arnold Schäfer für das Studienjahr 1871 bis 1872 fand heute statt. Eine erhöhte Bedeutung erhielt dieses Mal der Akt durch die mit demselben verbundene Enthüllung des Denkmals, welches die Universität ihren im letzten Kriege gegen Frankreich gefallenen Söhnen geweiht hat. Auf einer weißen Marmortafel, die in eine der Wände unserer großen Aula eingelassen ist, stehen in goldener Schrift die Namen von neun bonner Studenten, die auf Frankreichs Schlachtfeldern fürs Vaterland ihr Leben geopfert. (M. B.)

Würzburg, 18. Oktober. Die „Allg. Ztg.“ meldet: Major Ammon, welcher zur Zeit der Internirung der französischen Gefangenen auf hiesiger Festung einen haisricken Posten mißhandelte, wurde vorgestern vom Kriegsgericht zu 1 Monat 15 Tagen Festungsarrest verurtheilt.

Mühlhausen, 16. Oktober. Die sämtlichen Telegraphen-Beamten in Elsaß-Lothringen haben in Folge der früher bereits gemachten Diätenentziehung und der dafür in Aussicht gestellten Gehaltssteigerung von 100 Thln. pro Jahr eine Eingabe an die Direktion in Straßburg gerichtet, worin sie entweder um eine bedeutendere Erhöhung des Gehalts oder aber um Rückversetzung in die Heimath nachgesucht haben. Wunderbarer Weise hat jeder der Herren sein Gesuch von da unerledigt zurück erhalten — weder pro noch contra notirt würde der Buchhändler sagen — und dieselben werden sich nun mit der gleichen Petition an die Generaldirektion, eventuell aber an das deutsche Bundeskanzleramt wenden. — Die Postbeamten erhalten übrigens dem Vernehmen nach die Diäten nachträglich auch bis zum 1. Oktober ausbezahlt, während für dieselben das Aufbören dieser Extrazahlung bereits für 1. September dekretirt war.

Mühlhausen, 18. Oktober. Der Redakteur der „Neuen Mühlhauser Ztg.“, Dr. Julius Seydt, in weiteren Kreisen als bewährter Publizist bekannt, ist heute Nachmittag an den Folgen eines Halsübels gestorben. Die junge deutsche Presse im Elsaß verliert an ihm einen ihrer tüchtigsten Mitstreiter.

Meg, 18. Oktober. Neben der seit dem 1. Oktober erscheinenden amtlichen Zeitung für Deutschlothingen erscheint hier vom heutigen Tage ab auch ein unabhängiges Blatt unter dem Titel der „Meßer Zeitung“. Die neue gut ausgestattete Zeitung in mittlerem Format soll ein „selbständiges, täglich erscheinendes, rein deutsches Organ“

kein Plätzchen zu einem zarten Stelldichlein, was verborgen bleiben soll. Weil sich nun aber doch die Stelldichlein dieser Art mit aller Philosophie, Moral und Theologie nicht ausrotten lassen — es ist, nebenbei gesagt, eigentlich auch nicht nötig — so verlegt er Rosenlaube und Buchenquell, Hain, Wiese und Friedhofspfläzchen in die Konditorei. Dem aufmerksamen Beobachter entgeht nicht, wie viele junge Herzen zwischen dem Törtchen, dem Kirsch- und Apfelsuchen, den Kaffee- und Theetassen, in schöner, seliger Glut schlagen; wie viele Augen sich schüchtern oder flammend begegnen; wie viele süße Worte flüsternd ausgetauscht werden. Dort sitzt Euliska bei einer Schale Eis; hier vertilgt Thekla den dritten Spritzkuchen, links mäht sich Heloise mit Crème-Törtchen; rechts spiegelt Julie ihr dunkles, glühendes Auge in der Kinnade, die sie nachdenklich schürft. Von den Zuckerküß, Marx's, Abelard's, Romeo's und anderen ist nicht nötig zu erzählen.

Es hieße nun, die Wahrheit auf den Kopf stellen, wenn man behaupten wollte, jede Dame in der Konditorei sei eine Pötte, der ein Werther nachseufze, oder eine Dulcinea, die ihren fahrenden Ritter erwartet. Im Gegenteil: es giebt eine Menge Erscheinungen dort, die den Konditoreibesuch als eine ledigliche Gaumenfrage betrachten.

Die Berlinerinnen haben anerkanntermaßen eine große Vorliebe für Süßigkeiten, und es wird daraus erklärlich, daß einige Konditoreien eingerichtet sind, die als ausschließlich Domäne der Damenwelt gelten. Hierhin verirrt sich nur ein fremder Mann oder ein zärtlicher Bräutigam, oder ein Chemann in den Tagen der Fliederwochen.

Aller guten Dinge sind drei: sagt ein altes Sprichwort und so entwickelt sich aus dem Konditoreiwesen noch eine dritte charakteristische Hauptspezies — die Zwischenabtheilungen klassifizieren sich nach Aufgabe der Tage, des Miethsbüros u. f. w. bis ins Unendliche — nämlich die Nachtkonditoreien, hier vereinigt sich, was mit Venus und Bacchus das Portmonnaie verbrüderet, und die Gasflämmchen der Kronenleuchter schütteln zuweilen bedenklich das Haupt über all das, was dem Aug und dem Ohre zu Theil wird.

Aber verliere ich mich nicht in Schilderungen von Nachtszenen, die die Vorrathskammer der Mystikerschreiber bilden. Wende ich mich der Theaterwelt zu, die zur Zeit ein spannenberes Interesse beanspruchte. Alle Bühnen richten sich zur Wintercampagne, und der Umschwung zum Bessern in der dramatischen Literatur tritt überall zur Erscheinung. Natürlich zeichnet sich vorläufig noch ein Emporringen aus der

fein und die Aufgabe verfolgen, „an dem großen Werke der Vereinigung und Verschmelzung der wiedergewonnenen deutschen Provinzen mit dem neu geeinten großen deutschen Vaterlande mitzuwirken“. Die Redaktion hat Herr Weisslog, den Verlag des Blattes die Gebrüder Lang übernommen. Möge das neue Blatt auch im alten Deutschland die Unterstützung finden, welche sein guter Zweck verdient.

Oesterreich.

Ueber die Polen spricht anlässlich einer Besprechung der Lage in Oesterreich der pariser „Constitutionnel“ folgendes herbe Urtheil aus:

Die galizischen Polen sind, wie ihre Landsleute, die russischen Polen, unverbesserlich; man kann von ihnen sagen, daß sie absolut nichts gelernt und nichts vergessen haben. Gefunder Menschenverstand, Maß und Urtheil gehörten niemals zu ihrer natürlichen Begabung; darum haben sie auch niemals Gesichtspunkte gehabt. Gleichzeitig Opfer ihrer fehlerhaften Verfassung, des Papstthums und der Nachbarschaft der drei großen Mächte, verloren sie ihre Unabhängigkeit und ihr Vaterland. Nach allem Unglück, was sie während ihres langen Exils betroffen, hätte man glauben sollen, daß sie zufrieden sein würden, in Galizien auf altem nationalen Boden eine sichere Heimath und unter dem Szepter Oesterreichs ein liberales, gerechtes und wohlthuetendes Regiment zu finden. Und gerade darin täuschte man sich. Ihre Strebungen gehen viel weiter; ihre ungebändigte Einbildungskraft treibt zur Chimäre, zur Wiederherstellung der Monarchie der Jagellonen, und sie zögern nicht, offen einzugehen, daß sie darauf aussehn, aus Galizien einen Brückenkopf für die Weichsel und aus dem österreichisch-ungarischen Kaiserreich einen Hebel zu machen, um die Russen aus dem alten königlichen Polen zu verjagen. Darum zeigten sie sich unzufrieden mit allen erlangten Vorteilen, rebellisch gegen alles Entgegenkommen der Regierung, taub für die Gründe und Darlegungen eines ihrer ausgezeichnetsten Landsleute, eines der würdigsten und ehrlichsten Männer des zeitgenössischen Polens: des Grafen Potocki, ehemaligen Präsidenten des galizischen Ministeriums. Daß dieser ununterbrochenen Agitation haben die Polen Galiziens ihr eigenes Spiel verdorben; sie verloren die Rolle der Schiedsrichter, welche sie zwischen den anderen Nationalitäten des Kaiserreichs einnahmen, und nachdem sie den Anstoß zu den neuesten Verwicklungen gegeben, ereilt sie heute die gerechte Vergeltung; denn die Cechen haben sie ausgestochen und auf den zweiten Rang zurückgedrängt.

Das erzbischöfliche Konfitorium zu Wien hat an den Klerus seiner Diözese ein Zirkular gerichtet, worin demselben mitgetheilt wird, daß „durch eine rechtlose Gewaltthat“ die Wiener Kathhauskapelle den angeblichen Alt Katholiken eingeräumt worden sei. An der Spitze dieser sogenannten Alt Katholiken stehe der Weltpriester Alois Anton, der in seiner vor Kurzem veröffentlichten Schrift „das verfälschte Christenthum“ die ganze katholische Kirche geschmäht habe, indem er behauptete, das Christenthum sei der Welt noch niemals ganz rein verklärt worden, denn schon die Apostel hätten es verfälscht. Deshalb habe sich der Kardinal Fürst-Erzbischof Nauher genöthigt gesehen, die entweihte Kapelle mit dem Interdikt zu belegen, so lange nicht einer Erneuerung des Alergenisses vorgebeugt werde. Alois Anton hielt gestern in der mäbrischen Stadt Znaim, wohin er durch den dortigen deutschen Verein berufen worden war, einen mit stürmischem Beifall aufgenommenen Vortrag über das Ziel der altkatholischen Bestrebungen. Es gelte, für die kirchliche und politische Freiheit den Kampf gegen den Romanismus und Jesuitismus durchzuführen. Durch die Wiederherstellung der urchristlichen Gemeinde solle ein Reich der Wahrheit und Freiheit gegründet werden. Vor Allem müsse dem Volke das ihm von einem herrschsüchtigen Klerus entzogene Recht, bei der Ordnung und Verwaltung der kirchlichen Angelegenheiten mitzuwirken, zurückgegeben werden.

Frankreich.

Das „offizielle Journal“ veröffentlicht, von einem Bericht des Ministers des Innern eingeleitet, ein Dekret des Präsidenten der Republik zur Regelung der in dem Gesetz vom 15. September 1871 vorgegebenen Elsaß-Lothringischen Einwanderung nach Algerien und zur Verteilung der diesen Eingewanderten angewiesenen 100,000 Hektaren. Die Bewerber müssen zunächst beglaubigte Abschrift der bei ihrer Gemeindebehörde abgegebenen Erklärung, daß sie französische Bürger bleiben wollen, beibringen; bei ihrer Ausschiffung in Algerien müssen sie sich definitiv verpflichten, die ihnen von dem Staate angewiesenen Pändereien zu bewohnen und zu bebauen, und den gesetzlich erforderlichen Vermögensnachweis führen; wenn sie es in ersterer Hinsicht fehlen lassen und ausführen, ihr Land zu bewohnen, ehe sie es vollkommen nutzbar gemacht haben, so kann der Verlust des Grundstücks über sie verhängt werden; auf drei Jahre sind sie steuerfrei.

Im auswärtigen Ante beschäftigt man sich gegenwärtig mit den Plänen zu einer allgemeinen Purifikation der französischen Diplomaten. Man beabsichtigt vor Allem, die vielen Ignoranten und lächerlichen Geden, die unter dem Kaiserreich als Attaches ange stellt wurden, von ihren Posten zu entfernen. In Zukunft soll Niemand eine Verwendung finden, der nicht gründliche Kenntnisse der fremden Sprachen besitzt.

früheren frivolen Geschmacksrichtung ab, und es fehlt noch die energische Faust, die die geniale Kraft in sich füllt, die Fäden, die an den ehemaligen Schlandrian noch knüpfen, rücksichtslos zu zerreißen und eine genaue Bahn vorzuzeichnen; aber gerade das blöde Vorwärtsgen und Versuchen verspricht eine fernere Blüthe zu erzeugen, und mit der Blüthe zugleich wird ein festgewurzelter Stamm dastehen.

Das königliche Schauspielhaus brachte in vortrefflicher Besetzung drei neue Lustspiele von Freiherrn Gustav zu Putlit. Das eine derselben, „Zwei Tassen“, wurde zwar im Ganzen beifällig aufgenommen, errang jedoch den Erfolg nicht, den es sowohl durch vortreffliche Anlage als geschickte und heitere Aufführung verdient. Das Stückchen ist frei von Ueberladung und Uebertreibung und bewegt sich in Verhältnissen, wie sie wirklich sind. Der Dichter ersparte sich mit richtigem Takt der reinen Vorstellung der behandelten Zustände den Pfeffer der Satire hinzuzufügen, da dieselben sich durch sich selbst geignen. — Recht sehr gefiel das andere einaktige Stück, „die böse Stiefmutter“, das der Verfasser „Familienbild“ nennt. Hier greift der Dichter in das Familienleben des reichen, wenn gleich die Konstruktion etwas gewagt und künstlich genannt werden kann, so verstand es dennoch die Gewandtheit des Verfassers dem Ganzen eine so feine harmonische Glätte zu verleihen, daß der Zuschauer nirgends das Ebenmaß und die Leichtigkeit des Bar's vermisst. — Ein entscheidender Mißgriff ist das einaktige, nach einem vorhandenen Stoff bearbeitete Lustspiel „Friede“. Das Publikum nahm diese wenig glückliche Kleinigkeit mit sichtbarem Mißfallen auf, und der Verfasser hat auch bereits wieder dieses Lustspiel zurückgezogen. Ich erwähne bei meinen kritischen Konturstrichen absichtlich der Stimmungen des Publikums, da die Gäste dieser Bühne aus Elementen bestehen, die zu den Trägern der Intelligenz unserer Metropole gehören.

Das Friedrich Wilhelmstädtische Theater, unermüdet in seinen Anstrengungen, hat die Aufführung einer fünftägigen Novität, „Orde pariren“, historisches Zeitbild von Stern zu bereuen. Es ist nicht gut möglich, einer Komödie Interesse zu verschaffen, die nur im Schlußakt, wenn nicht spannend, so doch unterhaltend wird, während vier Akte durch ein steriles Feld geschleppt werden und dabei noch ein ganzer Akt oktrojirt wird, der eigentlich gar nicht zum Stücke gehört. Das Ganze dreht sich um die so oft behandelte Anekdote, die man sich

Berliner Kurzwaaren.

Die Berliner Cafés haben die Eigenthümlichkeit, daß sie auf Kaffeeauschenken nicht eingerichtet sind. Man trinkt Bier in den Cafés, auch eine Flasche mittelmäßigen Wein's; man frühstückt in denselben, ist zu Abend und zu Mittag daselbst, und wer daran gewöhnt ist nach dem Diner eine gute Tasse Kaffee zu trinken, der eilt in eine Konditorei. Der Gast mit rein kaffee-materialistischen Gelüsten flüchtet sich in das dunkle, tiefmütterlich ausgestattete Hinterzimmer, das an der Stirn seiner Thürpfosten den hyperbolischen Namen „Rauschsalon“ trägt. Der Gast inkonmodirt zehn Kaffeegegnossen, um sich bis an ein unbehagliches, noch leeres Plätzchen zu drängen und wirft seine Augen wehmüthig durch das einzige Fenster, das ein drei Hände breites Panorama auf einen engen, mit steilen himmelhohen Miethskafernen-Wänden geschmückten Hof gewährt. Dieser wenig erquickliche Anblick, der in seiner süßen Kube nur eine Abwechslung durch das Haupt einer Küchensofe findet, die mal neugierig auf das Hofpflaster blickt, pflegt nicht behaglich zu wirken und gelangweilt greift der Gast, dem inzwischen ein schweigames ernstes Büßfräulein den Koffa servirt hat, zu den langweiligen Journalen. Es geht still zu in diesem trüben Räümchen des Rauschsalons.

Ein anderes Bild bietet die Konditorei, namentlich zu gewissen Tagesstunden, in den übrigen durchgängig geschmackvoll und fast immer sehr prunthast ausgestatteten Salons. Der Berliner hat kein Plätzchen, wo stille Rosenlauben oder Fliederhecken stehen, deren Blüthen vernehmen, was sie einander zusprechen. Es fehlt der einsame, von Buchen überdeckte Quell, der Mährchen und sentimentale Liebesaneddoten murmelt. Es fehlt der Buchenhain der da hören läßt, wenn ein Blüthenblättchen sich löst und von Blatt zu Blatt springend, herabfällt. Die Wiese mit dem klaren, sanft dahingleitenden Wasser des Baches, mit dem Bergzweimüht an dem Rande und mit den tausend anderen lächelnden Blumengesichtern, wo die Stille nichts stört als Perchenschlag — liegen meilenweit von der Weltstadt entfernt. Der Berliner besitzt nicht einmal die Kirchhöfe mit den traulichen Planenendächern oder dem dunkeln Schatten alter Kirchen. Die Friedhöfe sind mit hohen Mauern umgeben und die Pforte wird bewacht von einer Art Cerberus, einem gestrengen, wohlhabenden Todengräber, der mit seinen Gehülfen ein wachsameres Polizeiauge aufstreckt, und der bei Eintritt der Dunkelheit die Pforte wohl verschließt. Genug, der Berliner besitzt

Rußland und Polen.

Petersburg, 18. Oktober. Es ist bekannt, in welchem großartigen Maßstabe noch vor wenigen Jahren die Schafzucht in Südrussland betrieben wurde. Die ungeheuren südrussischen Steppen mit äußerst spärlicher Bevölkerung boten unzähligen Schafherden die üppigsten Weideplätze und es gab unter den dortigen angesiedelten deutschen Kolonisten Schafzüchter, deren Herden nach Hunderttausenden zählten. Die massenhaft produzierte Wolle bildete einen Hauptartikel des russischen Exporthandels und war Hauptquelle des russischen Nationalreichtums. In den letzten Jahren haben sich jedoch die Verhältnisse, welche die Schafzucht in Südrussland so außerordentlich begünstigten und die Wollproduktion zu einer so lohnenden machten, bedeutend geändert. In Folge der Bauernemanzipation und der zahlreichen die Steppen durchschneidenden Eisenbahnen ist der Grund und Boden im Werthe gestiegen, die weiten Steppenebenen, deren jungfräulicher Boden Jahrtausende hindurch vom Pfluge unberührt geblieben war, sind in fruchtbare Ackerfelder umgewandelt worden und der Pachtzins ist um das Fünffache gestiegen. Dazu kommt, daß die russische Wolle, die früher im Auslande so sehr gesucht war, jetzt mit einer mächtigen Konkurrenz der australischen Wolle zu kämpfen hat, die sie immer mehr von den Märkten verdrängt und die bereits einen neugestaltenden Einfluß auf die Wollfabrikation gewonnen hat, früher gaben die Fabrikanten für die Tuchfabrikation dem Fließe der vorzugsweise in Rußland gezeuhten kurzvölligen Schafe den Vorzug, heute werden in Europa die Tuche größtentheils aus den langvölligen australischen Fliesen fabriziert. Alle diese ungünstigen Umstände haben die Wollproduktion in Südrussland bereits stark verändert und die Regierung bemüht sich vergeblich, ihr wieder einen höheren Aufschwung zu geben. — Nach einmündigen und sogar amtlichen Berichten ist die Ernte in Pishan in diesem Jahre in den meisten Gegenden schlecht ausgefallen und das schwer heimgesuchte Land ist abermals umso mehr mit einer Hungersnoth bedroht, als die Kartoffeln fast gänzlich mißrathen sind. Der schlechte Ausfall der Ernte macht sich schon jetzt dadurch bemerkbar, daß Diebes- und Raubbanden wieder in größerer Zahl und mit größerer Frechheit auftreten und Stadt und Land brandschaksen. — In Bezug auf den Ernteausfall im Königreich Polen wird amtlich gemeldet, daß derselbe hinsichtlich des Wintergetreides einer Mittel- und hinsichtlich des Sommergetreides einer guten Ernte gleichkommt, daß aber die Kartoffeln und die Hackfrüchte überhaupt größtentheils mißrathen sind.

Parlamentarische Nachrichten.

OC. Die Reichsregierung hat die Gesetzentwürfe über das Postwesen und das Posttarifwesen aufs Neue vorgelegt, obwohl sie ihren Widerspruch gegen die vom vorigen Reichstage angenommene Aufhebung des Landbriefpostgesetzes inzwischen aufgegeben. Sie war, wie die Motive sagen, der Aufhebung nicht grundsätzlich abgeneigt, sondern hielt es nur für ihre Pflicht, das Verhältnis der Ausgaben und Einnahmen des Jahres 1872 abzuwarten. Jetzt hat sie die Ueberzeugung gewonnen, daß die Aufhebung ohne Gefährdung des Gleichgewichtes im Reichshaushalte vom 1. Januar 1872 an zulässig sei. Durch dieses Verfahren hat die Reichsregierung die wichtige staatsrechtliche Frage gelöst, die von der Vertretung des Reiches amnestirt worden sind, von der Reichsregierung als Gesetze publiziert werden dürfen, wenn sie ihren ursprünglichen Widerspruch gegen die beschlossenen Abänderungen nach Schluss der betreffenden Session fallen zu lassen sich bewegen sieht. Sie verneint diese Frage und hält eine neue Vorlage in einer späteren Session für notwendig, da der Fall sehr wohl eintreten kann, daß die Stellung der Reichsvertretung zu einer Vorlage im Ganzen sich inzwischen verändert.

Es wird mit Rücksicht auf die Zustände in Mecklenburg von den liberalen Parteien ein Antrag vorbereitet, in die Reichsverfassung die Bestimmung aufzunehmen, daß jeder Bundesstaat eine wirkliche Landesvertretung haben muß.

Elberfeld, 18. Oktober. Der „A. B.“ schreibt man: Von hier ist eine Petition an den Reichstag abgegangen, welche den Antrag stellt: „Der Reichstag wolle auf Grund der Art. 4 und 23 der Verfassung ein Gesetz vorschlagen, welches die Zahlungsleistung mittels Zinsempfängern und Dividendenscheinigen jeder Art bei Strafe verbietet.“ — In der Begründung wird darauf Bezug genommen, daß auch die Handelskammer zu Köln sich in ihrem neuesten Jahresberichte für ein solches Verbot ausspricht, indem sie erklärt, daß nur dieser Weg rasch und sicher zum Ziele führe. Es ist die große Verschiedenheit in der Art, der Form, dem Betrage und der Einlösungsfähigkeit, das häufig zu frühe Incoursgehen, die durchgehends äußerst

leichte Nachbildung, die gänzlich fehlende, bez. sehr unsichere und mangelhafte Angabe des Werthes bei Dividendenscheinigen; alles dieses läßt die Coupons als ein im hohen Grade ungenügendes und verwerfliches Zahlungsmittel erscheinen. In den Kreisen des geschäftlichen Lebens wird das auch tief empfunden; die Konturrenzverhältnisse zwingen aber namentlich die kleineren Handel- und Gewerbetreibenden, ebenso die Handwerker und Arbeiter zur Annahme der Coupons. Jedenfalls sollten die größeren Kaufleute, die einer selbstständigen Stellung sich erfreuen, dem Unweissen kräftiger entgegenzutreten, als das bisher geschieht; sie würden dadurch die Widerstandsfähigkeit der kleineren stärken.

* Der Gesetzentwurf, betreffend die Beschränkung des Grundeigentums in der Umgebung der Festungen, über welchen jetzt die Ausschüsse des Bundesrathes für das Landheer und die Festungen und für Justizwesen Bericht erstattet haben, ist der „E. S.“ zufolge lediglich eine Wiederholung der am 16. Mai 1870 dem Reichstage zugegangenen Vorlage, welche aber wegen Schlußes der Session nicht mehr zur Verhandlung gekommen ist. Der jetzige Entwurf unterscheidet sich von dem früheren nur dadurch, daß an die Stelle des norddeutschen Bundes und des Bundesfeldherrn die entsprechenden Bezeichnungen des deutschen Reiches getreten sind. Die Ausschüsse haben den Entwurf ihrerseits mehrfach modifiziert, und zwar in 17 von den 26 Paragraphen des Gesetzes und in 11 von den 15 Paragraphen des dazu gehörigen Regulativs. Mehrere Abänderungen erschienen den Ausschüssen durch die Berücksichtigung des Bündnißvertrages mit Baiern, beziehungsweise der Militärkonvention geboten. Von größerer Tragweite ist die in § 7 getroffene Abänderung. In diesem wie in § 8 des Entwurfes des Reichslandarmes sollte nämlich die Entscheidung darüber, ob aus lokalen Rücksichten Einschränkungen des Rayons zulässig seien, sowie die Bestimmung über den Umfang der Explanade beim Neubau einer Zitadelle dem preussischen Kriegsministerium, als Organ des Kaisers, übertragen werden und dem entsprechend bezeichnen auch die nachfolgenden §§ 10 und 11 sowie die entsprechenden Vorschriften des Regulativs im Entwurf des Ministeriums als die Reichs-Instanz für alle gegen die Verfügungen der Kommandantur erhobenen Beschwerden. — Schon bei der früheren Berathung des Gegenstandes im April 1870 hatten die Ausschüsse sich nun bereits dahin ausgesprochen, daß es formalen und materiellen Bedenken unterliegen könne, die hier fraglichen Entscheidungen einer außerhalb der Bundes-Institutionen stehenden Militärbehörde eines Bundesstaates zu überweisen. Diese Bedenken sind durch den Eintritt der süddeutschen Staaten so wie durch die besondern, auf das Militärwesen bezüglichen Bestimmungen des mit Baiern geschlossenen Bündnißvertrages vom 23. November 1870 noch erheblich vermehrt. Es mußte vor allem wünschenswerth erscheinen, dem zu erlassenden Reichsgesetz eine gleichmäßige Ausführung im ganzen Bundesgebiete zu sichern. Dieses Ziel würde sich nach der übereinstimmenden Ansicht der Ausschüsse nur durch Einsetzung einer besonderen Militärkommission erreichen lassen. Denn der Ausschuß des Bundesrathes für das Landheer und die Festungen, an den zunächst gedacht werden könnte, würde weder die erforderlichen technischen Kenntnisse noch auch die erforderlichen Arbeitskräfte in sich vereinigen, um die zahlreich und fast täglich eingehenden Gesuche mit der wünschenswerthen Beschleunigung zu erledigen. Die Ausschüsse schlagen demnach die Einsetzung einer besonderen Rayonkommission vor, welche vom Kaiser zu berufen wäre und in welcher die betheiligten Staaten ihre Vertretung finden würden. Die Kompetenz dieser „Reichsrayonkommission“ würde aber nicht auf die Genehmigung etwaiger Abweichung von der Ausdehnung des Rayons zu beschränken sein, sondern füglich auch auf die Frage ausgedehnt werden können, ob und in wie weit innerhalb der abgetheilten Rayons von den gesetzlichen Beschränkungen des Grundeigentums Abweichungen zu gestatten seien. Würde nach diesem Antrage der Ausschüsse der § 7 modifiziert, so müßte in den §§ 8, 10, 11 des Gesetzes, sowie in den §§ 4, 8 und 14 des Regulativs die Reichsrayonkommission an die Stelle des preussischen Kriegsministeriums treten.

Von dem Abg. Schulze-Delitzsch und Genossen ist eine neue Interpellation an den Reichsanwalt gerichtet worden, folgendes Inhalts: 1) Welche Resultate sind durch die Verteilung der Bundesregierungen durch das Reichsgesetz zur Verfügung gestellten 4 Millionen Thaler an die durch die Einziehung zur Fahne besonders schwer geschädigten Offiziere und Mannschaften der Reserve und Landwehr in den einzelnen Staaten erreicht worden? 2) Ist bei der Verteilung der Beihilfen von den einzelnen Regierungen nach gleichmäßigen Grundfätzen verfahren? 3) Hat sich nach den gemachten Erfahrungen ein Bedürfnis weiterer Unterstützung herausgestellt? und 4) Beabsichtigt die Reichsregierung, wenn dies der Fall sein sollte, eine weitere Bewilligung aus Reichsmitteln zu dem vorgedachten Zwecke zu beantragen?

Wie man sich erinnern wird, hat der Reichstag in seiner vorigen Session die Wahl des Legat-Selectars Herrn v. Poser in 7. districter Wahlbezirk wegen angeblicher Verträge gegen das Wahlreglement, welche in einigen Wahlbezirken vorgekommen sein sollen, beanstandet. Es haben in Folge dessen gerichtliche Vernehmungen stattgefunden, deren Resultat in dem von der 6. Abtheilung gestellten Antrag vorliegt, der Reichstag wolle beschließen: die Wahl des Herrn v. Poser für ungültig zu erklären.

Der Antrag auf Ergänzung der Reichsverfassung

von Friedrich Wilhelm I. erzählt, der den Sohn eines reichen Fabrikbesizers in den Soldatencrock steckt und nachher seinen Grenadier absolut mit einem todsicheren Dienstmädchen verheirathen will. Uebrigens ist das Sternsche Nachwerk bereits von dem Repertoire verschwunden und wird nächster Tage eine andere Novität von Dr. v. Schweiger debütieren.

—m. Einiges über Theater und Theaterbrände.

Posen, 20. Oktober.

Vor einigen Tagen gerieth auf der hiesigen Stadtbühne die „weiße Dame“ — oder vielmehr deren Schleiher in Flammen. Die Sache hatte nichts zu bedeuten, da schnell genug „George Brown“ heraufsprang und mit der in seinem Charakter liegenden Entschlossenheit die flackernde Gasse unter seine Füße trat. War auf diese Weise auch die Gefahr abgewandt, so bleibt doch die Frage nicht unbegründet, warum nicht bei jeder Vorstellung die hinter den Coullissen postirte Feuerwache stets nasse Säcke oder angefeuchtete Tücher in Bereitschaft hält, um mit denselben den in Brand gerathenen Gegenstand sofort zu isoliren und zu erlöschern. Es geht nicht immer so glimpflich ab. Im Theater Nota zu Turin gerieth am 12. Juni 1868 während der Vorstellung das Kleid einer Ballerina in Brand. Bei dem Versuch, Hilfe zu bringen, fingten die Kleider anderer Tänzerinnen ebenfalls Feuer. Eine dieser Unglücklichen lief in wilder Verzweiflung gegen die Dekorationsstücke, welche sich sofort entzündeten. Den anwesenden Köchinnen gelang es zwar, die Flammen an einer Stelle zu erlöschern, doch hatten mittlerweile die Coullissen an einer zweiten Stelle Feuer gefangen und in kürzester Zeit war das ganze Theater eingestürzt.

Nun ist zwar, wie mancher Posener spöttisch bemerken dürfte, unser Stadttheater in „feurlichen“ Dingen ganz maßlos konservativ, allein ob auch kein menschliches Mithras beim Anblick unseres Musentempels auf dem Wilhelmshöhe im Busen sich regt, so ist doch der Gedanke recht unbegreiflich, daß eine große Anzahl der bekannten Theaterbrände während der Vorstellung ausbrach — und zuweilen nicht unbeträchtliche Opfer an Menschenleben forderte.

Um also die Aufmerksamkeit von Behörde und Publikum denjenigen Uebelständen, welche unsere Kunststätte zieren, unabwendig zu lenken zu halten, sei es uns gestattet, einem im Jahre 1870 in Wien erschienenen sehr lehrreichen Büchlein „über Theaterbrände“ von Aug. Bösch einige Wahrnehmungen und Notizen zu entnehmen und zur Nutzenanwendung zu empfehlen.

Im Jahre 1870 zählte Europa 1480 Theater, davon u. A. 337 auf Frankreich, 296 auf Italien, 168 auf Spanien, 159 auf Großbritannien und 152 auf Oesterreich entfielen. Seitdem hat sich die Zahl bekanntlich über Bedarf erhoben, ohne daß, wie mancher parla-

mentarische und unparlamentarische Schwärmer hoffte, die Gewerbe-freiheit aristophanische Genies aus der Erde gesäubert hätte. Im Gegentheil! Das Komödientheater ist dadurch zum Gewerbe herabgedrückt worden und die Kunst schleicht auf baumvollem Soccus „leuchtend unter der Last gemeiner Sorgen“ über die Erde. Die Italiener, deren 75,000 im Jahre 1870 auf ein Theater kamen, sind seitdem zwar „frei bis zur Adria“ geworden, aber im Uebrigen nicht weniger faul und biot, als sie auch sonst waren, und die Franzosen, von denen je 110,000 auf ein Theater entfielen, haben der Kunst Italiens nicht zum geringsten Theil die Ereignisse von 1870/71 zu verdanken.

Mit der Zahl der Theater steigt selbstverständlich auch die Gefahr der Theaterbrände; dies braucht offensichtlich denen nicht bewiesen zu werden, welche, in der Nachbarschaft feuergefährlicher Gebäude wohnhaft, einen entsprechenden Aufschlag der Assekuranprämie zu zahlen haben. Etwas feuergefährlicheres aber als ein Theater giebt es nicht und zwar deshalb nicht, weil ein Theaterbrand keine Stadien hat. Bei einem brennenden Privatgebäude kann man das Element festhalten: im ersten, zweiten Stock, ja auf ein Zimmer beschränken, über den Dachstuhl nicht hinauslassen u. s. w. Alles dies fällt bei einem Theaterbrande fort; es gibt keine Zwischenstationen; das Feuer ist in der ersten Minute gelöst oder das ganze Theater geht in Flammen auf. Leinwand, Stride, Kissen, Papier, Lappen — was Alles beherbergt nicht der Bühnenraum? Und das Gas? Wie schnell fängt es Feuer?

Seit einem Jahrhundert sind nicht weniger als 130 Theater total abgebrannt, abgesehen von benachbarten, welche das Schicksal des Feuer-todes wiederholt erlitten, wie das Haymarket-Theater in London, welches 1789 und 1867, das Coventgarden-Theater, welches 1808 und 1857, das Kölner Stadttheater, welches 1859 und 1869, und das Breslauer Stadttheater, welches 1865 und 1871 ein Raub der Flammen wurde. In London allein brannten seit 1772 nicht weniger als 17 Theater gänzlich nieder, in Paris sogar 19.

Witzlinge haben nicht mit Unrecht behauptet, daß der Flammentod das natürliche Ende der Theater sei. Denn daß eines, wenn es grau und alt geworden, nicht anderweitig der verdienten Ruhe anheim gegeben wird, davon wissen wir Posener ja ein Lied zu singen. Aller — sagt man — schließt vor Thorheit nicht; aber unser Theater, so alt es auch ist oder wenigstens ausbleibt, hat offenbar keine Neigung, dieselbe Thorheit wie jene 43 Theater, die in dem Zeitraum von 1833 bis 1869 die Todesart der indischen Wittwen wählten, zu begehnen.

Daß die wenigsten Theaterbrände in Italien, die meisten in England stattfinden, dafür giebt einen Erklärungsgrund. Die italienischen Theater werden nämlich nicht geheizt und enthalten auch weniger Dekorationsstücke; man geht in Italien nicht der Ausstattung wegen ins Theater, sondern man will Gesang und Musik hören. In England aber ist fast, nebst, die Heizung ist ein unumgängliches Erforderniß, nicht minder die Ausstattung; auch die „Tableaux vivants“ in den Pariser Vorstadtheatern enthalten eine große Feuersgefahr in sich.

dahin, daß in jedem Bundesstaate eine konstitutionelle Verfassung mit einer Volksvertretung bestehen muß, wird nicht von den mecklenburgischen Abgeordneten, sondern von anderen liberalen Fraktionen gestellt werden. Der neue Artikel soll hinter Art. 3 der Reichsverfassung seinen Platz finden.

— Ebenfalls von liberalen Fraktionen wird ein Gesetzentwurf wegen Einführung der obligatorischen Zivilehe vorbereitet. * Dem Bundesrath ist eine Denkschrift nebst Anlagen, die im Jahre 1872 in Aussicht genommene Verbesserung der Beamtenbesoldungen betreffend zugegangen, aus welchem die frühere Mittheilung bestätigt wird, daß im Interesse der einheitlichen legislativen Behandlung dieser Angelegenheit es für zweckmäßig erachtet worden ist, im Hauptetat für die den Reichsbeamten aller Ressorts zu gewährenden Gehaltsaufbesserungen einen Dispositionsfonds auszubringen, welcher auf 1,238,000 Thlr. normirt ist. Die Denkschrift resp. dem Hauptetat beigefügten Anlagen enthalten den Plan für die Verteilung des Dispositionsfonds auf die verschiedenen Verwaltungen und Beamtenkategorien und eine Uebersicht, welche neben den vorge schlagenen Gehaltsaufbesserungen die bisherigen und die zukünftigen Gehaltsätze, welche letzteren in dem Etat für 1873 zur Erscheinung kommen werden, angiebt. Diefse 1,238,000 Thlr. vertheilen sich auf: 1) das Reichskanzleramt mit 9250 Thlr. Erhöhung; 2) das Auswärtige Amt mit 15,000 Thlr.; 3) die Militärverwaltung mit 326,304 Thlr.; 4) die Marineverwaltung mit 37,300 Thlr.; 5) den Rechnungshof mit 11,700 Thlr.; 6) das Oberhandelsgericht mit 7800 Thlr.; 7) die Postverwaltung mit 723,306 Thlr. und 8) die Telegraphenverwaltung mit 107,340 Thlr. Erhöhung. — Für heute genüge die Mittheilung, daß alle Beamten, auch die Unterbeamten, bedacht sind.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 23. Oktober.

— **Hrn. Polizeidirektor Staudy** wurde Sonntag Vormittags durch den Vorstand des Rettungsvereins das Diplom als Ehrenmitglied überreicht. Dasselbe ist von Hrn. Lehrer Ogorkowski sehr sauber und kunstvoll gezeichnet worden, und enthält in farbiger deutscher und polnischer Schrift in der Mitte die Ernennung zum Ehrenmitgliede, ringsumher, zusammengefaßt durch ein gothisches Rahmwerk mit Eisenlaub, die Embleme des Rettungsvereins, sowie Darstellungen, welche sich auf die zweifache Thätigkeit desselben bei Feuers- und Wassersnoth beziehen; oben befinden sich die Wappen der Provinz und der Stadt Posen. Diefse sämtlichen Darstellungen sind gleichfalls in Farbe ausgeführt.

— **Der Allgemeine Männergesangsverein** feierte am Sonnabende im Logenjaale sein 23jähriges Stiftungsfest durch eine Liedertafel, an welche sich ein Tanzfranzöser angeschlossen. Eröffnet wurde die Liedertafel mit einem „Lied an die Künstler“ von Taubert, worauf Hr. S. A. Krieger einen Toast auf den Kaiser ausbrachte. Nachdem alsdann wiederum ein Lied gesungen worden, hielt Hr. Jul. Lehmann die Festrede, welche mit einem Hoch auf den Verein schloß. Hr. Kirchstein sprach den Dank des Vereins an die anwesenden Vertreter der Loge aus, welche viele Jahre hindurch dem Vereine den Saal zur Verfügung gestellt, worauf Hr. Oberpostath Bauer als Vertreter der Loge auf die edlen Zwecke, welche dieser und dem Gesangsvereine gemeinsam sind, hinwies, und eine Sammlung für die Armen der Loge veranstaltete, welche ein recht erfreuliches Resultat ergab. Es brachten sodann noch Toaste aus: Hr. Gürlich, der stellvertretende Dirigent des Vereins, auf den abweisenden, durch Kränklichkeit am Erscheinen verhinderten Direktor des Vereins, Hrn. Musikdirektor Bogt und Hr. Stadtfretär Barsch auf die Damen. Nachdem alsdann noch mehrere Lieder gesungen worden, trug eine junge Dame, welche Hr. Kantor Wienwald im Gesange ausgebildet hatte, unter Begleitung desselben zwei Gesänge vor. In die Liedertafel, welche 10½ Uhr endete, schloß sich das Tanzfranzöser an.

— **In der polytechnischen Gesellschaft** wurden am Sonnabend Proben einer bituminösen Masse vorgezeigt, welche beim Kanalbau in der Wilhelmstraße in einer Tiefe von etwa 14 Fuß gefunden worden ist, und dort in einer Mächtigkeit bis zu einem Fuß unter dem natürlich gewachsenen Boden vorhanden war, so daß dieselbe ihren Ursprung jedenfalls nicht der historischen Zeit verdankt. In sehr alten Städten, wie z. B. Köln, hat man unter dem Schutte von Jahrtausenden, in der Tiefe von 2–3 Kellergrößen, ähnliche Massen gefunden, welche durch Vermoderung aus Holz während der historischen Epoche entstanden sind. Uebrigens findet man z. B. in der Gegend von Dinant in einer Tiefe von etwa 15 Fuß eben solche bituminösen Massen, welche der tertiären Epoche angehören, und als die Anfänge der Braunkohlenbildung zu bezeichnen sind. Es wurden sodann Proben von Schwebeluff Braunkohle vorgezeigt, und dabei Mittheilungen über den dortigen Bergbau gemacht. Man hat dort in neuester Zeit sehr bedeutende Braunkohlenlager aufgefunden, welche bisher wenig beachtet und ausgebeutet wurden, weil es an Kapital und bei der mangelnden Kommunikation an Absatz für die Kohlen fehlte. Jetzt wird bereits in der Koblenpeler Brauerei Anwendung von der Schwebeluff Braunkohle gemacht. Ein Vorzug derselben vor der Steinkohle besteht darin,

Man feuert Kanonen ab, läßt Raketen steigen, zündet Wackfeuer an u. s. w. Wo die Augen des Zuschauers bei der Vorstellung am meisten theilhaftig sind, da spielt der Schein eine große Rolle und der Schein ist auf der Bühne sehr häufig identisch mit dem Feuererschein. Ein Sprühregen von Funken, wie er beispielsweise bei der durch die Elemente beleuchteten „Wolfschlucht“ vertheilt wird, wäre in der Hand eines Brandstifters ex professo Material für hundert Chicagofeuer. Von dieser Seite haben wir Posener freilich nicht gerade viel zu risiren, denn wir können über alle reichliche Ausstattung uns nicht beklagen; aber daß es im Winter recht kalt in unserem Theater ist, wird wohl Manchem schon aufgefallen sein, wenn auch die wenigsten bedacht haben mögen, daß vielleicht nur — aus Vorsicht so scharf geheizt wird.

Mit der Thatfache, daß uns in unserem Stadttheater so oft die rechte Erwärmung mangelt, hängt auch noch ein anderer Umstand zusammen. Man hat nämlich beobachtet, daß in den vier Wintermonaten vom Dezember bis zum März die meisten Theaterbrände, nämlich 52 pCt., stattfanden und daß die verstärkte Heizung nicht wenig zur Entzündung der Gefahr beitrug. Dies erklärt Vieles, was uns Posenern sonst — unerklärlich war.

Doch Scherz bei Seite! Man wird uns glauben, daß wir nicht aus Liebe für unsern Theaterbau, der längst einem andern hätte Platz machen sollen und nach unserem heutzutage Daffürhalten auch hätte Platz machen können, dieses Thema berührt haben. Uns schwebt die große Quote der Theaterbrände, welche während der Vorstellung und bei befeuertem Hause ausbrach, wie ein feuriges „Mene Tekel“ vor den Augen. 41 pCt. aller Theaterfeuersbrünste drohten einem dichtgedrängten Menschenhaufen den Feuerort und verhängten ihn zum Theil auch über denselben. Dies fordert zum Nachdenken auf. Nicht mit dem nöthigen Apparat technischer Kenntnisse ausgerüstet, um die Sache des hiesigen Theaters pro oder contra zu vertreten, wollen wir nur der Frage Gehör verschaffen, ob und inwiefern das Posener Stadttheater den modernen Anforderungen an Komfort, ästhetische Schönheit und Feuerficherheit entspreche.

Die Stadt Posen gilt — und mit Recht! — für eine treue Vorbildlerin der Jugend und ihrer Bildung. Doch auch die Bühne ist eine Erziehungsanstalt; so wenigstens behauptet auf deutsche Tradition und außerdem noch Schiller. Unsere Dichter wollen nicht mit Pracht und Glanz umhüllt sein; es wäre auch ein vergeblicher Wunsch. Aber sie haben die Kinder ihrer Muse lieb und überantworten sie treuhändig der allgemeinen, der Liebe ihres Volkes. Desshalb sei man überall eingedenk, wo Kunst und Dichtung sich zur Verschönerung und Veredelung des Daseins anbieten — sei dessen speziell dort eingedenk, wo deutsche Kunst und Dichtung nationale Aufgaben zu erfüllen haben.

tig in der Neuen Wölfschlucht, Große
Ritterstraße Nr. 3, wozu freundlich ein-
ladet.

feft, spätere maffer. pr. Otkbr. 54½ G., Otkbr.-Rev. do., Rev.-Dez. 53½ bz u.
B., Dez.-Jan. 53 53½ bz u. B., Fubjahr 54½ — 54 bz. u. B., 53½ G.
Epikur's flau. pr. Otkbr. 19½ G., Noobr. 18½ bz u. B., Dez. 18½ bz.
u. B., Januar 18½ bz u. B., April.-Mai 18½ bz u. G., Mai 19 bz u. B.,
Juni 19½ B.

Wallerbank hat es durchgesetzt, ihren Liquidationskurs beim Erscheinen auf 19 festzusetzen, seitdem ist aber nicht viel mehr von ihrer Thätigkeit zu bemerken.

Produkten - Börse.

Berlin, 21 Oktbr. Wind: Süd. Barometer: 28^o. Thermometer: 12^o +. Witterung: sehr schön. — Die auswärtigen Berichte harmoniren nicht mit der in letzter Zeit hier vorherrschenden Haufe-Bewegung und es kann daher nicht auffallen, daß wir nun auch hier einer flauereren Haltung verfallen sind. — In Roggen ist der Handel ohne Regsamkeit gewesen und die nicht unerheblichen Rückschritte haben die Preise gemach, weil es an Käufern fehlte, nicht weil das Angebot umfangreich hervortrat. Lolo ist auch eine Abspannung bemerkbar; die Nachfrage hielt sehr zurück und es gelangen wenig Abschlüsse. Gefündigt 2000 Eir. Königspreis 67½ Rtr. pr. 1000 Kilogr. — Roggenmehl billiger. — Recht lau ist die Stimmung für Weizen. Preise haben beträchtlich verloren, nur Oktober leistet ziemlich guten Widerstand. Gefündigt 4000 Eir. Kündigungspreis 84½ Rtr. pr. 1000 Kilogr. — Paser loto behauptet, Termine billiger verkauft. — Rüböl auf Okt. wesentlich höher, im Uebrigen der Besserung langsam folgend. Gefündigt 1300 Eir. Kündigungspreis 30½ Rtr. pr. 100 Kilogr. — Spiritus ziemlich fest und auch in gutem Verleuf. — Weizen loto pr. 1000 Kilogr. 68–87 Rtr. nach Qual., sein gelb 84 bz. f. weißb. poln. 83 ½, per diesen Monat 85–84½ bz., Okt.-Nov. 82–81½ bz., Nov.-Dez. 81–80½ bz., April-Mai 82–81½ bz. — Roggen loto pr. 1000 Kilogr. 68–62½ Rtr. nach Qual., gef. 59–61 bz., per diesen Monat 61–60 bz., Okt.-Nov. 60½–59½ bz., Nov.-Dez. 59½–59½ bz., Dez.-Jan. —, April-Mai 59½–58½ bz., Mai-Juni 59½–58½ bz. — Gerste loto pr. 1000 Kilogr. große und kleine 48–64 Rtr. nach Qual. — Paser loto pr. 1000 Kilogr. 41–52 Rtr. nach Qual., per diesen Monat 46½ B. Okt.-Nov. 46½–45½ bz., Nov.-Dez. 45½ bz., April-Mai 47½–4½ bz., Mai-Juni 48½–48 bz. — Gersten pr. 1000 Kilogr. Rothwaare 10–6½ Rtr. nach Qual., Butterwaare 51–58 Rtr. nach Qual. — Raps pr. 1000 Kilogr. 108–120 Rtr. — Rüben pr. 1000 Kilogr. 106–119 Rtr. — Rensöl loto 100 Kilogr. ohne Faß 25 Rtr. — Rüböl pr. 100 Rtl. loto ohne Faß 3½ Rtr., per diesen Monat 30–31–30½ Rtr. bz., Okt.-Novbr. 28½–½ bz., Nov.-Dez. 28½–½ bz., April-Mai 28½–½ bz. — Petroleum raffin. (Standard white) pr. 100 Rtl. mit Faß: loto 14½ Rtr., per diesen Monat 13½ Rtr., Okt.-Nov. do., Nov.-Dez. do. Dez.-Jan. 14 B., Jan.-Febr. 14½ B. — Spiritus pr. 100 Rtr. à 100% = 10,000% loto ohne Faß 23 Rtl. bz., per diesen Monat —, loto mit Faß —, per diesen Monat 22 Rtl. 22 7/8 bz., Okt.-Nov. 21–22 Rtl. 4 Sgr. bz., Nov.-Dez. 20 Rtl. 15–20 18 Sgr. bz., Dezbr.-Jan. —, April-Mai 21 Rtl. 5. 1–6 Sgr. bz., Mai-Juni 21 Rtl. 9–10 bz. — Wehl Weizenmehl Nr. 0 11½–11 Rtl., Rtr. 0 u. 1 11–10½ Rtr. Roggenmehl Nr. 0 8½–8½ Rtr., Rtr. 0 u. 1 8½–8 Rtr. pro 100 Kilogr. unvers. infl. Sad. — Roggenmehl Nr. 0 u. 1 pr. 100 Kilogr. Rtr. unversleuert infl. Sad. per diesen Monat 8 Rtl. 7½ Sgr. nem. Okt.-Nov. do., Nov.-Dez. 8 Rtl. 7½–5 Sgr. bz., Dez.-Jan. —, April-Mai 8 Rtl. 5 Sgr. bz. — In beiden Sorten gefragt. (B. 5. 3.)

Preise der Cerealien.

Breslau, den 21. Febr.

		In Silbergrößen pro preuß. Schfl.		In Zhl., Sgr. und Pf. pro 200 Boh- pfund = 100 Kilogramm.							
		feine	ord. B.	feine	ord. Waare.						
Befestungen der polnisch. Gemeinschaft.	Wolzen w.	29-102	95-88-93	7 26	— 8 3	7 18	6 6	29	6 7	11	6
	do. g.	77-99	95-88-93	7 21	— 7 25	7 16	— 5	29	6 7	11	6
	Koggen	77-99	76 73-74	6 3	— 6 8	6	— 5	24	— 5	26	—
	Gerste	55-58	54 50-52	4 29	— 5 7	4 26	— 4	16	— 4	20	6
	Hafer	33-34	32 31	4 12	— 4 6	4 8	—	—	4	4	—
	Erbsen	68-74	65 60-62	5 1	— 6 14	4 21	— 4	13	— 4	18	—
Per 100 Kilogramm Netto				feine		ord.		Waare.			
Befl. d. d. bündel. eines Romm.	Kaps			11	25	—	11	7	6	0	15
	Winterrüben			11	5	—	10	17	6	9	25
	Sommerrüben			10	15	—	10	—	—	9	15
	Dotter			9	15	—	9	—	—	8	15
	Schaglein			9	15	—	8	25	—	8	10

Bromberg, 21. Oktober. Bitterung: Har. *Wiegens* 10 +.
 Mittags 90 +. — *Beizern* 120 — 125 pfd. 76 — 80 Ehlr. 26. 130 pfd 81
 — 84 Ehlr pr. 2125 Pfd. *Bollgew* — *Kuggen* 15. 124 pfd 48 52 Ehlr.
 pr. 2000 Pfd. *Bollgew* (*Erbsen* 45 — 51) Ehlr. pr. 2260 Pfd. *Bollgew*.
 — *Spizitus ohne Aufschr.* (*Bromb. 31a*).

Fonds- u. Aktienbörse.

Berlin, 21. Oktober 1870.

Frenkische Fonds.

Korbb. Bundesanl.	5	160½	b ₃
Korbb. d. Bundes- Schatzkne	5	100½	b ₃
Freiwillige Anleihe	4½	99½	—
Staats-Anl. v. 1869	4	102½	b ₃
do. 54, 55, 57, 59, 64	4	99½	b ₃ ⑤
do. 1866,	4½	99½	b ₃ ⑤
do. 1867 C.)	4½	99½	b ₃ ⑤
do. A. D.)	4½	99½	b ₃ ⑤
do. von 1868 B.	4½	99½	b ₃ ⑤
do. 1860, 52 conv.	4	92½	b ₃
do. 1863	4	92½	b ₃
do. 1862	4	92½	b ₃
do. 1868 A.)	4	92½	b ₃
Staatspuldskne	3	85½	b ₃
Gräm. St. Anl. 1855	3½	118	b ₁ ⑥
Kurt. 40 Tkr. Obl.	3	65	⑤
Kurm. KuumSchl.	3½	88½	⑤
Oderdeichbau-Obl.	4½	—	—
Gerl. Stadtdblg.	5	102½	b ₃
do. do.	4	98½	—
do. do.	3½	79½	b ₃
Gerl. Börsen-Obl.	5	101½	⑤
Berliner	4½	96½	—
Kur. u. Kuum.	3½	80	⑤
do. do.	4	90½	b ₃
Ostpreussische	3½	81½	—
do. do.	4	90½	—
do. do.	4½	96½	b ₃ 5% 101½
Pommersche	3½	90½	b ₃ [b ₃
do. neue	4	90½	b ₃ 4% 97 b ₁
Posenische neue	4	80	—
Schlesische	3½	—	—
Westpreussische	3½	79½	b ₃
do. do.	4	89	⑤
do. neue	4	89	b ₃
do. do.	4½	96½	—
Kur. u. Kuum.	4	93	b ₃
Pommersche	4	93	b ₃
Posenische	4	92½	b ₃
Preussische	4	93½	—
Westr. Westf.	4	93½	⑤
Sächsische	4	93½	b ₃
Schlesische	4	93½	—
Preuss. Hyp. Gerl.	4	100	—
Dr. Hyp. Pfandbr.	4	96½	b ₃
Druck. an. (Gentel)	4	—	—

Ausländische Fonds.

Dr. R. 250 fl. Pr. Dbl.	4	77 ½	④
do. 100 fl. Kron. Z.	—	102 ½	—
do. 300 fl. (1860)	3	83 ½	b ½
do. Pr. Sch. 1864	—	77 ½	B
do. Bodentr. ④.	5	88 ½	—
Ital. Anleihe	5	58 ½	$\frac{3}{4}$ b ½
Ital. Tabak-Anl.	5	59 ½	b ½
Ruman. Anleihe	8	88 ½	etw b ½
Rum. Oblig. v. St. G.	7 ½	41 ½	42 ½ b ½
5. Steiglitz-Anleihe	5	72 ½	b ½
Engl. Anl. v. J. 1862	5	88 ½	etw b ½
Präm.-Anl. v. 1864	5	129 ½	—
do. v. 1866	5	126 ½	b ½
Russ. Bodentred. Pf.	5	90 ½	b ½
do. Rifolat-Oblig.	4	72 ½	b ½
Poln. Schap.-Obl.	4	gr. 72 ½	④ II. 72
do. Cert. A. 300 fl.	5	93 ½	④
do. Pfdbz. in St. R.	4	72 ½	et b ½ 50/ 72
do. Pr. D. 500 fl.	4	103 ½	etw b ½ ④
do. Aqu. Pfandbr.	4	60 ½	b ½ B
Russ. 10 Zhr. Rente	—	84 ½	B
Russ. Anl. 1882	5	96 ½	b ½
Russ. Anl. 1868	5	93 ½	et b ½
Rab. 4 ½ St. Anl.	4 ½	49 ½	—
Rene Rab. 35 fl. Rente	—	39 ½	B
Rab. 5 ½ Pr. Anl.	4	111 ½	b ½
Rab. 4 ½ Pr. Anl.	4	112 ½	b ½
do. 4 ½ St. A. v. 59	4 ½	99 ½	—
Braunschw. Anl.	5	100 ½	④
Braunschw. Präm.	—	—	—
Anl. a 20 Zhr.	—	183 ½	b ½
Deffauer Präm.-A.	3 ½	102 ½	B
Hübner	3 ½	49 ½	b ½
Sachsische Anl.	5	104 ½	—
Schwed. 10 Zhr. Z.	—	—	—

**Bank- und Credit-Aktien und
Antheilsscheine.**

Kind. Bundes-St.	4	145	b ₂	⊙
Berl. Raff.-Verein	4	188	⊙	
Berl. Handels-Ges.	4	146	b ₂	
Braunschw. Bank	4	129	B	
Bremer Bank	4	112	b ₂	⊙
Leipzig. Kredit-Vf.	4	110	b ₂	⊙
Danziger Priv.-St.	4	116	b ₂	B
Darmstädter Kred.	4	168	b ₂	
Dresdner Bettef. Bd.	4	121	etw	b ₂ ⊙

aner Kreditst.	0	15	bz	B
----------------	---	----	----	---

181. Kommand.	4	191	b ₂ 3
Österr. Kreditbank	0	72	3 abgeh.
Österr. Bank	1	140	b ₂ 3
Wob. F. Schuffer	4	118	b ₂ 3
Wolffs Erbz. - Bf.	4	127	b ₁ 3
Hannoversche Bank	4	100	b ₁ 3
Königl. Pr. - Bf.	4	119	3
Leipziger Kreditb.	4	147	b ₂ 3
Lüneburger Bank	4	50	b ₁ 3
Magdeb. Privatb.	4	107	3
Meininger Kreditb.	4	149	b ₁ 3
Moldau Landeshb.	4	67	3
Norddeutsche Bank	4	170	3
Oest. Kreditbank	5	162	1-63 b ₁
Romm. Ritterbank	4	118	ctw b ₂ 3
Sofener Proz. - Bf.	4	117	ctw b ₂ 3
Preuss. Bank - Kntg.	4	183	ctw b ₂ 3
Rosfelder Bank	4	120	ctw b ₂ 3
Sächsishe Bank	4	154	b ₂ 3
Schlef. Bankverein	4	144	b ₂ 3
Schwäb. Bank	4	123	b ₂ 3
Vereinsbank Hamb.	4	117	ctw b ₂ 3
Weimar. Bank	4	115	b ₂ 3
West. Hyp. Crt. 25%	4	112	b ₂ 3
Weste. Krz. Hyp. - G.	4	—	—

Prioritäts-Objectionen.

Nacken-Düsseldorf	4	86½	③
do. II. Em.	4	86½	③
do. III. Em.	4½	—	—
Nacken-Markt	4	85	③
do. II. Em.	5	94½	b½ ③
do. III. Em.	5	94	③
Bergisch-Artische	4½	96½	③
do. II. Ser. (conv.)	4½	95½	b½ ③
II. Ser. 3½ v. S. G.	3½	81	b½
do. Lit. B.	3½	81	b½ C. 78½ ③
do. IV. Ser.	4½	95½	b½
do. V. Ser.	4½	156½	b½
do. VI. Ser.	4½	94½	b½
o. Düsseldorf-Eberf.	4	86½	③
do. II. Em.	4½	—	—
o. (Dorm.-Seeh.)	4	86½	③
do. II. Ser.	4½	95	b½
do. (Nordbahn)	5	101½	③
Berlin-Anhalt	4	—	—
do.	4	96	③
do. Lit. B.	4½	95½	b½ ③
Berlin-Görliger	5	101½	③
Berlin-Hamburg	4	—	—
do. II. Em.	4	—	— III. 101½ ③

Berl. Botsh. Vtg.

Lit.	n. B.	1	—	—
do.	Lit. C.	1	86 $\frac{1}{2}$	b $\frac{1}{2}$ 3
Berl. Stett. Lit. C.		1	86 $\frac{1}{2}$	b $\frac{1}{2}$
do.	III. C.	4	86 $\frac{1}{2}$	b $\frac{1}{2}$
B. C. IV. C. v. St. A.		4 $\frac{1}{2}$	86 $\frac{1}{2}$	b $\frac{1}{2}$
do. VI. C. v. St. A.		4	87 $\frac{1}{2}$	3
Bresl. C. v. St. A.		4 $\frac{1}{2}$	96 $\frac{1}{2}$	b $\frac{1}{2}$
Coln. Crefeld		4 $\frac{1}{2}$	—	—
Coln. Mind. I. C.		4 $\frac{1}{2}$	96 $\frac{1}{2}$	3
do.	II. C.	5	101 $\frac{1}{2}$	b $\frac{1}{2}$ 3 3
do.		4	87 $\frac{1}{2}$	3
do.	III. C.	4	86 $\frac{1}{2}$	3
do.		4 $\frac{1}{2}$	96 $\frac{1}{2}$	3
do.	IV. C.	4	86 $\frac{1}{2}$	3
do.	V. C.	4	—	—
Cosel. Dberb. (Bib.)		4	—	—
do.	III. C.	4 $\frac{1}{2}$	95	3
do.	IV. C.	4	—	—
Salz. Carl. Lubm.		5	89	b $\frac{1}{2}$ II. 86 $\frac{1}{2}$ 3
Rember. Gernowitz		5	66 $\frac{1}{2}$	3 [III. b $\frac{1}{2}$ 3
do.	II. C.	5	76 $\frac{1}{2}$	ctm b $\frac{1}{2}$ [b $\frac{1}{2}$
do.	III. C.	5	68 $\frac{1}{2}$	b $\frac{1}{2}$ 3
Magdeb. Halberst.		4 $\frac{1}{2}$	—	—
do.	do. 1865	4 $\frac{1}{2}$	95 $\frac{1}{2}$	3
do.	do.	5	101 $\frac{1}{2}$	b $\frac{1}{2}$
do.	Wittenb.	3	63 $\frac{1}{2}$	3
Hildersd. Mart.		4	87 $\frac{1}{2}$	3
do.	II. C. a 62 $\frac{1}{2}$ thr.	4	82	3
do.	c. I. u. II. C.	4	87 $\frac{1}{2}$	3
do.	conv. III. C.	4	85 $\frac{1}{2}$	b $\frac{1}{2}$
do.	IV. C.	4 $\frac{1}{2}$	96	3
Hildersd. Schwid.		5	100 $\frac{1}{2}$	3
Oberschles.	Lit. A.	5	—	—
do.	Lit. B.	4	—	—
do.	Lit. C.	3 $\frac{1}{2}$	—	—
do.	Lit. D.	4	87 $\frac{1}{2}$	b $\frac{1}{2}$
do.	Lit. E.	4	80 $\frac{1}{2}$	b $\frac{1}{2}$ 3
do.	Lit. F.	3	96	b $\frac{1}{2}$ 3
do.	Lit. G.	4	—	—
Derr. Franzöf. St.		4 $\frac{1}{2}$	290	b $\frac{1}{2}$ 3
Derr. jud. St. (Bd.)		3	229	b $\frac{1}{2}$ n. 224 $\frac{1}{2}$
do.	Bomb. Bonn.	5	37 $\frac{1}{2}$	3 [et- $\frac{1}{2}$ b $\frac{1}{2}$
do.	do. fällig 1875	6	97 $\frac{1}{2}$	3
do.	do. fällig 1876	6	97 $\frac{1}{2}$	3
do.	do. fällig 1877	8	—	—
Preuss. Südbahn		5	98 $\frac{1}{2}$	b $\frac{1}{2}$ B 97 $\frac{1}{2}$ 3
Reich. R. Deligat.		5	85 $\frac{1}{2}$	b $\frac{1}{2}$
do.	v. Staat garant.	4	—	—
do.	III. v. 1858 u. 60	3	95 $\frac{1}{2}$	b $\frac{1}{2}$ 65r 95 $\frac{1}{2}$
do.	1862 u. 1864	4	95 $\frac{1}{2}$	b $\frac{1}{2}$ [b $\frac{1}{2}$
do.	v. Staat garant.	4	—	—
Reich. R. v. St. A.		4	96 $\frac{1}{2}$	b $\frac{1}{2}$ 3
do.	II. C.	4 $\frac{1}{2}$	96 $\frac{1}{2}$	3 3